



schlechte, ihre Aufgabe sei es, für den revolutionären Sozialismus in den proletarischen Massen zu werben und ihn auf allen Lebensgebieten zu betätigen. Zu solchen Aktionen dränge die furchtbar wachsende Not der Zeit. Der hier vorgelegte Gedanke war es gerade, der unsere Genossen befehle, als sie das Einigungswerk in Nürnberg vollzogen. Der sozialistische Gedanke muß von neuem seine werbende Kraft ausüben auf alle Schichten der Bevölkerung, die für den Sozialismus gewonnen werden können. Wenn der sozialistische Gedanke an werbender Kraft eingebüßt hat, so nicht zuletzt dank jener unheilvollen Zersplitterung, die gar vielen das Vertrauen zur sozialistischen Sache genommen hat. Die Genossen, die sich in der Gruppe Ledebour sammeln wollen, dienen also der Gesamtbewegung nicht, wenn sie sich abseits stellen. Je größer die Zersplitterung, desto größer die Unklarheit, desto stärker das Misstrauen der Massen zu dem Gesamtziel, in dem wir alle einig sind. Deshalb darf kein Genosse, der bisher Schulter an Schulter mit uns gekämpft hat, sich schamlos abseits stellen. Nur derjenige dient der Gesamtheit und führt ihr neue Kräfte zu, nur der belebt sie und erfüllt sie mit seinem Geiste, der sich nicht abseits stellt, sondern sich ihr freudig eingliedert, um mit der Gesamtheit für die Gesamtheit zu wirken.

### Die Leipziger U.S.P. einstimmig für die Einigung

Eine Mitgliederversammlung unserer Leipziger Parteiorganisation nahm nach gründlicher Aussprache einstimmig folgende Entschließung an:

Die am 26. September 1922 im Volkshaus tagende Parteiverammlung brinat nach Entdeckung des Berichtes über die Parteitage in Gera und Nürnberg ihre Genossenschaftsmitglieder über die nunmehr erfolgte Wiedervereinigung der bisherigen U.S.P. und U.S.P. zum Ausdruck.

Sie ist der festen Überzeugung, daß die Vereinigung einen wichtigen und notwendigen Schritt nach vorwärts bedeutet und gelobt, in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei mit aller Energie für die weitere Ausbreitung der sozialistischen Ideen zu arbeiten.

Sie fordert zugleich alle Arbeiter, Anarchisten und Beamten, die bisher noch abseits standen, die aus Verärgerung über die Zersplitterung der letzten Jahre den Parteiorganisationen den Rücken kehrten, auf, wieder einzutreten in die Reihen der Kämpfer.

Die Versammlung drückt die Hoffnung aus, daß dieser Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien bald die abschließende Front des gesamten revolutionären Proletariats folgt.

### Aus dem Landtag

Der preussische Landtag erledigte gestern eine Reihe kleinerer Vorlagen. Von großer Wichtigkeit war die erste Beratung eines Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Tuberkulose. Der Gesetzentwurf enthält eine Reihe von Bestimmungen, die die Anmeldepflicht für tuberkulöse Erkrankungen vorschreiben. Es unterliegen aber nur die Fälle der Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose der Anmeldepflicht, die Erkrankungen der Knochen- und der Haut sind ausgenommen, obwohl auch diese die gefährlichsten Tuberkuloseformen sind. Begründet wird das im Gesetzentwurf damit, daß die Feststellung aller tuberkulösen Erkrankungen „die Arbeitskraft der zur Verfügung stehenden Kräfte übersteigen würde“. Das ist natürlich kein stichhaltiger Grund, wie denn überhaupt das ganze Gesetz vollkommen unzureichend ist, und zwar in der Hauptsache deshalb, weil der Staat glaubt nicht

in der Lage zu sein, die für eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose erforderlichen Mittel aufzubringen.

Genosse Dr. Weyl beleuchtete in einer frischen Rede die Mängel des Gesetzes und betonte mit Nachdruck, daß das Gesetz den Ausschuss nur verlassen dürfe, wenn nennenswerte Verbesserungen vorgenommen worden seien. Auf keinen Fall dürfe die Bekämpfung der Tuberkulose an den fehlenden Mitteln scheitern. Auch die Gemeinden dürften durch das Gesetz nicht von neuem belastet werden. Vielmehr müsse der Staat zur Bekämpfung dieser Volksseuche ausreichende Mittel zur Verfügung stellen.

Der Volkswohlfahrtsminister Hirtfelder gab die Mängel des Gesetzes zu und versprach, sich für Verbesserungen im Ausschuss einzusetzen. Der deutschnationale Redner glaubte, die Vermehrung der Tuberkulose auf den Verkauf von Brot zu zurückzuführen zu können, er vergaß aber, daß seine Partei die Hauptverantwortung für diesen Vertrag trägt. Die alte Demagogie! Der Gesetzentwurf ging schließlich an den Ausschuss für Bevölkerungspolitik. Am Freitag wird der Landtag die Teuerungsdiskussionen besprechen. Für die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei ist als erster Redner Genosse Limberg-Essen bestimmt worden.

### Neuregelung der Grundgehälter

Im Reichsfinanzministerium haben am Donnerstag nachmittag die Besprechungen mit den Spitzenorganisationen über die Neuregelung der Grundgehälter, Orts- und sonstigen Zuschläge der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe begonnen. Die Erörterungen, die bisher zu einem Ergebnis noch nicht geführt haben und nach Lage der Dinge auch nicht führen konnten, werden am Freitag nachmittag fortgesetzt werden.

### Die Wohnungsnot

Der katastrophale Sturz der Mark hat dahin geführt, daß das Wohnungsbauprogramm der Gemeinden nicht durchgeführt werden kann, wenn den bedrängten Gemeinden nicht schnellig Hilfe gebracht wird. Auch die Stielungsbauten drohen eingestellt zu werden. Das Bauprogramm der Gemeinden war so minimal, daß nur ein ganz geringer Bruchteil des Wohnungsbedarfs gedeckt werden konnte. Gelingt es nicht, wenigstens die für 1922 vorgesehenen Bauten auszuführen, dann wird die Wohnungsnot die entsetzlichen Formen annehmen. Um den Gemeinden eine kleine Hilfe zu bringen, haben die Parteien des Landtags mit Ausnahme der Kommunisten einen Antrag eingebracht, der das Staatsministerium ersucht:

1. zur Durchführung des diesjährigen Wohnungsbauprogramms die zur Erhöhung der Landesdarlehen an den zentralen Geschäftsbank erforderlichen Beträge in Höhe von 3 Milliarden Mark im Voraus für die später rechtzeitig bereitzustellenden Mittel zunächst vorrühweise flüssig zu machen.
2. auf die Reichsregierung einzuwirken, daß der vom Reich den Ländern zur Vettergabe an die Gemeinden und sonstigen Verfahrensträger zur Verfügung gestellte verzinstante und rückzahlbare Kreditbetrag baldmöglichst den Ländern überwiefen und der auf Preußen entfallende Anteil dieses Kredits in Höhe von etwa 1,85 Milliarden Mark als Darlehen angenommen und beschleunigt an die Verfahrensträger verteilt wird.

Die drei Milliarden werden zur Durchführung eines nennenswerten Bauprogramms natürlich nicht lange vorhalten. Die Baukosten sind so gewaltig gestiegen, daß heute der Bau einer Wohnung von etwa 70 Quadratmeter Fläche

— das ist also der Top einer Berliner Zweizimmerwohnung — 14 Millionen Mark beansprucht. Die Ursache dieser gewaltigen Preissteigerung ist in erster Linie in dem Baukostenwucher zu suchen, der noch schlimmere Formen angenommen hat als der Lebensmittelwucher. Es ist statistisch nachgewiesen worden, daß z. B. die Löhne der Bauarbeiter gegenüber 1914 höchstens um das Fache gestiegen sind. Hingegen sind die Preise für Baustoffe um das Drei- bis Hundertfache, teilweise sogar um das Fünfhundertfache gestiegen, und zwar für Materialien, die nicht etwa aus dem Ausland bezogen werden müssen, sondern die sämtlich im Inlande erzeugt werden. Soll also auf dem Gebiete des Bauwesens ein Wandel eintreten, dann muß so schnell wie möglich dem Baukostenwucher ein Ende gemacht werden durch rücksichtslose Unterbindung aller spekulativen Manipulationen.

### Der A.D.G.B. und die Teuerung

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist am Donnerstag zu einer mehrtägigen Sitzung im Berliner Gewerkschaftshaus zusammengetreten. Die Verhandlungen begannen mit dem Bericht des Bundesvorsitzenden über die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung, an welchen sich eine ausführliche Aussprache anschloß. Zum ersten Male nahmen entsprechend dem Beschluß des Leipziger Gewerkschaftstages auch die Vertreter der Bezirksausschüsse des A.D.G.B. aus dem ganzen Reich an der Aussprache teil. Die Debatte über die Aktionen der Gewerkschaften gegen Teuerung und Wucher wird fortgesetzt.

### Oesterreich vor einem Generalfreik

Nach der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ droht in Oesterreich ein Generalfreik auszubrechen. Die Lohnverhandlungen der Metallarbeiter sind seit Montag abgebrochen. Der Abbruch in der Metallindustrie droht auch in der chemischen Industrie und in der Textilindustrie den offenen Bruch herbeizuführen. Aber nicht nur die manuellen Arbeiter, auch die Bankangestellten und die Industriearbeiter sind von der Offensive des Unternehmertums unmittelbar betroffen.

Kommt es zum Kampfe, dann werden dreihunderttausend Arbeiter und Angestellte im Kampf stehen. Mit ihren Familienangehörigen sind es wenigstens eine Million Menschen, deren ganze Lebenshaltung von dem Ergebnis dieses Kampfes abhängt. Das ist nicht weniger als ein Sechstel der ganzen Bevölkerung Oesterreichs.

Vorerst ist der Streikbeschluss noch hinausgeschoben worden, in den Unternehmen noch einmal Oesterreich zu geben, sich ihrer Verantwortung gegenüber Wirtschaft und Volk bewußt zu werden. Geben die Unternehmer nicht nach, so dürfte der Kampf in den nächsten Tagen ausbrechen, den alle Gewerkschaften „mit allen verfügbaren Kräften“ unterstützen wollen.

Wien, 28. September. Im Konflikt in der Metallindustrie haben sich die drei Präsidenten des Nationalrates entschlossen, sowohl an den Hauptverband der Industrie als auch an die Oesterreichische Gewerkschaftskommission eine Einladung zu einer gemeinsamen Besprechung der schwebenden Fragen ergehen zu lassen. Diese Besprechung findet voraussichtlich noch heute nachmittags statt.

Wien, 27. September. Weiter traten die Arbeiter der Wiener Expeditionsbetriebe wegen Nichtauszahlung der vollen Sonder-Rushläge in Höhe von 11 Prozent in den Aufstand.

### Vom Daseinsrecht des Schauspielers

Von Klaus Pringsheim.

musikalischer Leiter des Großen Schauspielhauses.

III.

An der Ausführung des Theaterkunstwerks wirken alle möglichen Künstler mit, abgestuft nach Größe der Aufgabe und nach künstlerischem Wuchs. Das „ideale“ Theater, in dem noch die letzte Staatlichkeit von einem Josef Kainz gepfeilt wird, wird immer nur ein Traum Kunst- und lebensfremder Dummköpfe bleiben. Es gibt gemeinhin in jedem Theater drei Gruppen von Künstlern: die erste, das sind alle, die oben angelangt sind, Träger der Hauptrollen und des Erfolgs. Die zweiten sind die Aufstrebenden, Kommenden, die zukunftsreichen Talente, die „Hoffnungen“ der Presse und der Masse. Die dritten aber, das sind die Unentbehrlichen, die sich mit braver Pflichterfüllung an bescheidenem Platz begnügen, die höchsten nicht erreichen haben noch erreichen werden, vielleicht Enttäuschte, die auch einmal als Aufstrebende angefangen, und dem Vorrecht auf persönlichen Erfolg entsoigt haben. Es sind die, deren stetiges Zusammenwirken in Wahrheit, Wesen und Wert eines festgefügtens Ensembles ausmacht.

Kein Zweifel, weder die Künstler der ersten, noch die der zweiten Gruppe werden als Schuttsuchende in Betracht kommen. Den bevorzugten Platz, den nur allgemeine Anerkennung überogender Leistung schafft, muß immer neue Leistung erwerben. Aber Leistung, die künstlerischen Erfolg verleiht, kann kein Künstler bieten. Den ablaufenden Vertrag eines „Prominenten“, der als gefeierter Publikumsliebhaber ein Ministergehalt bezieht, unter unveränderten Bedingungen zu erneuern, die Forderung, daß dies einem Bühnenleiter durch Gesetz vorgeschrieben werden müsse, wäre nicht ernst zu nehmen. Kechnlich steht es mit der Sache des begabten Anfängers. Talente finden und fördern, ist Aufgabe des Bühnenleiters; aber jeder würde die Aufgabe meiden, wenn Förderung der prächtigen Begabung ihn zu dauernder Verpflichtung des Begabten verpflichten könnte. Solches „Verpflichten“ bleibt allemal unverbindlich und würde nie einen verbindlichen Versorgungsanspruch rechtfertigen. Nur, wenn der dem Künstler gebotene Gegenwert nicht fraglich, nicht schwankend ist, wenn sein bewährtes, als ausreichend bewährtes Können einen sicheren Einsatz bedeutet, dem Mißerfolg nichts anhaben kann, weil er, an bescheidenem Platz wirkend, dem Spiel des Erfolgs nicht ausgesetzt, dem Wertmaß nie vorhersehbarer Publikumswirkung nicht unterworfen, weil von ihm also keine Täglichkeit, brade Pflichterfüllung, die er zu bieten hat, und nichts anderes zu fordern ist — nur den Künstlern der dritten Gruppe kann Schutz ihrer beruflichen Existenz gewährt werden: Schutz vor ungerechtfertigter Kündigung laufender, Nicht-Erneuerung ablaufender Verträge. Schutz muß ihnen, heute, gewährt werden, durch ein Gesetz, das dem Sinne nach, so lautet:

... jenseits der Bühnenleitung und einem künstlerischen Angestellten auf ein Jahr oder auf eine Spielzeit von mindestens sechs Monaten abgeschlossen sind, gelten unter unveränderten Bedingungen, ablaufende Verträge, die auf mehrere Jahre abgeschlossen waren, unter den Bedingungen des laufenden (letzten) Vertragsjahres für die Dauer eines weiteren Jahres oder einer weiteren Spielzeit und weiterhin von Jahr zu Jahr als neu getätigt, sofern die Auflösung des Vertragsverhältnisses nicht von einer Seite spätestens drei Monate vorher ausgesprochen wird. Die Auflösung eines Vertragsverhältnisses, insbesondere auch die Kündigung eines noch für längere Zeit geschlossenen Vertrages zu einem vertraglich vorgesehenen Termin, darf von seiten der Bühnenleitung nicht ausgesprochen werden, wenn dabei das Können und der Erfolg des künstlerischen Angestellten nicht in Frage steht, außer im Falle notwendiger, tatsächlich vollzogener oder unmittelbar bevorstehender Umstellung oder Einstellung des Betriebes sowie aus besonderen Gründen, die nach bestehenden allgemeinen Rechtsgrundsätzen die Auflösung des Vertragsverhältnisses als genügend gerechtfertigt erscheinen lassen.

Nicht auf die endgültige Fassung kommt es hier an, sondern auf das grundsätzliche Neue. Dies Gesetz würde, unter gewissen Voraussetzungen, dem Ergebnis des Schauspielers wirksameren Schutz gewähren als ihn Arbeiter und Angestellte irgend eines Betriebes im heutigen Betriebsvertragsrecht finden — unter einschränkenden Voraussetzungen, die jedes denkbare Interesse der Kunst wahren. Jeder Bühnenkünstler wäre geschützt, der ewigen Ungeklärtheit seines Daseins entboden, fortan nicht mehr von Jahr zu Jahr der Gefahr ungerechtem Druck sich fügen zu müssen, preisgegeben, die er heute, wehrlos, um den Preis der Vertragsrenewierung in Kauf nehmen muß — jeder, der nach unferer Einteilung der dritten Gruppe zugehörte; der Gruppe der wachsenden Schutzbedürftigen und Schutzwürdigen. Von einem, der als Darsteller keine Rollen, immer nur sozusagen im Hintergrund des Bühnenkunstwerks, Tag für Tag, Jahr für Jahr sachlich-gewissenhaft das Seine leistet, kann behauptet und bewiesen werden: sein Können und sein Erfolg sind nicht in Frage zu stellen. Sollte ein Abnehmen seiner Fähigkeiten, Nachlassen seiner Leistungen fühlbar werden, nun, dann wird sich zeigen, ob in der Tat ein Können in Frage steht. Grenzfälle, Streitfälle wird es immer geben. Das wird zunächst Sache besonderer Schiedsgerichte sein müssen. Nur in der Praxis können sich die in einem Gesetz ruhenden Möglichkeiten bewähren, kann sich ein vernünftiger Brauch seiner Auslegung und Anwendung ausbilden.

Der Einwand der Arbeitgeberseite, daß es ein höchst ungerechtes Gesetz wäre, das nur den Direktoren die Hände binden soll, hätte nur scheinbare Berechtigung. Gerade jene Künstler, denen durch das Gesetz geholfen werden soll, wären ja glücklich, wenn sie an ihre heutige „Bewegungsfreiheit“ nie erinnert würden. Die jetzigen Theaterverhältnisse, unter denen für sie Verlust der Stellung beinahe sicher Verlust der Schauspielertätigkeit bedeutet, würden aber ge-

wissermaßen zum geschnäglichen Zustand erhoben, wenn durch Wirkung eines Gesetzes grundlose Schauspielerentlassung unterbunden würde: so daß nun in der Tat, da normalerweise Stellen nicht mehr frei wurden, der Stellungsuchende die Gemütsruhe hätte, keine Stellung zu finden. Wer wird mit solcher Aussicht auf Arbeitslosigkeit leichtfertig seinen Arbeitsplatz verlassen? Alles nur durch Unternehmervilligkeit verursachte Wunden würde eben aufhören.

Und der Einwand der Direktoren, daß die ihrer gut andertrauten künstlerischen Interessen beeinträchtigt würden? Können und Erfolg eines Schauspielers: wenn wirklich keines von beiden fraglich ist, weiteren Anspruch hat kein Kunstbetrieb an seinen Angestellten, und jedes künstlerische Direktionsgewissen kann sich dabei beruhigen. Selbstverständlich, das Theater braucht Beschäftigte, immer wieder neue Kräfte. Keine Sorge: das Können der noch nicht am Ziel Angelangten und der Erfolg jener, die ihren Platz auf der Höhe behaupten wollen, steht immer in Frage.

Wie aber, wenn nun, um gesetzliche Sicherung ihres Daseins zu erlangen, manche Künstler allzu willig würden, auf das ihnen zustehende Vorrecht höherer Künstlerpflicht, höheren Künstlerehrgeizes zu verzichten? Undesugte — mit anderen Worten — könnten versuchen, sich in den Schutz des neuen Gesetzes zu schleichen? Aber solange es Bühnen gibt, wird es immer Bühnenkünstler geben, in denen der Drang nach überogender Leistung durch keine Möglichkeitserwägung zu hindern, der Traum von Ruhm und Weisfall nicht auszulöschen ist. (Über es gibt kein Theater. Das Theater der Mittelmäßigkeit würde auch den bescheidenen Lebensanspruch der Mittelmäßigen nicht befriedigen.)

Mißbrauch, Mißwirkung stände nicht zu befürchten. Als erster Schritt einer selbständigen Theatergesetzgebung wäre ein solches Gesetz grundsätzlich zu begrüßen. Ein Gefüge neuer Gesetze, um die Rechtsbeziehungen im Theater zu regeln, ist not. (Und das heutige Theater ist wirtschaftlich und kulturell von solcher Bedeutung, daß besondere gesetzgeberische Behandlung seiner Lebensfragen wohl gerechtfertigt wäre.) Kein Gesetz, das wir haben, ist für die Verhältnisse des Theaters gemacht. Die Folge ist Rechtsunsicherheit, Rechtsunsicherheit in allen Theaterdingen. Rechtsunsicherheit aber bedeutet allemal Recht des Stärkeren. Kein Wunder, wenn die Schwächeren, die künstlerischen Angestellten des Theaters versuchen, sich auf eigene Faust ihr Recht zu machen. Nicht immer mit den tauglichsten Mitteln, aber mit wenig Glück. Würde es ernst mit einem brauchbaren Theaterrecht, bliebe den Schauspielern die Versuchung erspart, selbst Hand anzulegen und mit schiefen Forderungen die Probleme ihres Daseins zu verteidigen. Sie könnten wieder, wie ehemals, all ihre Energie der künstlerischen Seite ihres Berufes widmen, zum Segen der Kunst (auch: der Ensemblekunst) und zu ihrem eigenen Nutzen. Denn stärkste Waffe des Künstlers im wirtschaftlichen Daseinskampf — im Kampf um Anerkennung seines Rechts, als Künstler von der Kunst zu leben — muß immer seine künstlerische Leistung bleiben. Oder die Kunst geht zu Grunde und mit ihr die Künstlerschaft.

# Der „überwundene Kommunismus“ in Rußland

Als die Einheitsfront-Kommunisten in Deutschland ihren Wutschrei gegen die Gewerkschaften mit der Parole „Betriebsräte-Aktionen“ begannen, verwiesen sie mit Vorliebe auf das „russische Beispiel“. Die die Bolschewiki es in Rußland gemacht hätten, genau so sollten es die deutschen Arbeiter in Deutschland tun. Mit dieser Parole haben die Moskauer jedoch ein sehr heikles Thema angeschnitten, wie wir bereits anlässlich des russisch-englischen Uraurteils-Vertrages nachweisen konnten. Das „russische Beispiel“ hat nach den sichtbaren praktischen „Erfolgen“ der bolschewistischen Politik, vor allem seit dem „Neuen Kurs“ vom März 1921 an, die Wirkung verloren. Die Spuren des bolschewistischen Wirtschaftens — Hungernot und Kannibalismus — können nur schreien. Wer das nicht einseht, der verkehrt immer noch nicht, was in Rußland vorgeht, nämlich daß die Bolschewiki heute eine Regierung sind, die sich ausschließlich auf kapitalistisch-interessierte Schichten stützt und demagogische kapitalistische Politik betreibt.

Kein anderer als Lenin selbst hat das bestätigt, als er in den Gewerkschaftskreisen zum „neuen Kurs“ folgendes schrieb:

„Die schnellste und nach Möglichkeit durchsichtigste Wiederanfrischung der Großindustrie ist die grundlegende Vorbedingung, ohne die die Befreiung vom kapitalistischen Joch, der Sieg des Sozialismus undenkbar ist.“

Getreu diesem Programm — den Kapitalismus erst wieder aufzubauen, als „Beweiser des Sozialismus“, wie Koenen im Reichstag Duja Sines nennt — haben denn auch die diplomatischen Vertreter der Bolschewiki alles getan, um dem westeuropäischen Kapitalismus als Retter in der Not nach Rußland zu holen. Tschichow in seiner Rede zum Abzug von Estland und zum Papst, er veröffentlichte auch Artikel und Interviews im „Nirn“, in der „Rote Fahne“ existiert für die ausländischen Bolschewiki einfach nicht. Die Aufgabe der „Rote Fahne“ besteht nur darin, für die russischen Millionen alles zu verteidigen, was aus Rußland kommt und dort besteht. Politik machen die Bolschewiki mit ganz anderen Leuten, mit Sines, Krup, Uraurhardt und anderen kapitalistischen Vertretern. Das hindert natürlich die kommunistischen Führer nicht, in lächerlicher Weise über andere als „Sinesknechte“ usw. herzuwachen und nebenbei das „russische Beispiel“ zu empfehlen und zu verteidigen.

Die das „russische Beispiel“ in Wirklichkeit ansieht, das hat nicht nur Lenin in seinen vorerwähnten Gewerkschaftskreisen vertreten, sondern bewies neuerdings auch Krassin in einem Artikel über „die neue ökonomische Politik der Sowjetregierung“ in der 18. des Wiederaufbaus von Paris, desselben Parvus, der von den Bolschewiki bei ihrem Stimmensatz als der größte „Verräter“ und „Renegat“ beschimpft wird. Lenin schrieb den Gewerkschaften vor, sich nur noch mit Kollektivverträgen beschäftigen zu dürfen und Streiks abzubrechen.

Alle übrigen Einmischungen der Gewerkschaften in die Führung der Unternehmungen müssen unter diesen Umständen als unbedingt schädlich und unzulässig betrachtet werden: Kontrolle der Produktion, Betriebsräterechte usw. — alles das bezeichnet Lenin als schädlich und unzulässig. Fürwahr ein „russisches Beispiel“, für das sich die deutsche Arbeiterklasse schon bedanken wird. — Für diesen Umsturz der Bolschewiki, für den Widerspruch zwischen ihrer Theorie und ihrer Praxis, gibt uns Krassin den Schlüssel zum Verständnis. Er schreibt in dem oben bezeichneten Artikel:

Für die Bauernschaft ist deshalb nach der Nationalisierung und teilweisen Aufhebung des Großgrundbesitzes das Prinzip der freien Wirtschaft in der neuen Wirtschaftspolitik durchzuführen. Ebenso ist für den kleinen Gewerbetreibenden wie auch für den Binnenhandel

wieder die freie Wirtschaftsform gewählt, während für die mittleren Betriebe Pachtverträge und für die großen industriellen Unternehmungen Konzessionsverträge zum neuen Wirtschaftsprogramm gehören. Diese neue Wirtschaftsform, die

die überwundene kommunistische abtötet, kennzeichnet sich somit als ein Staatskapitalismus, der eine möglichst weitestgehende staatliche Reaktion aller wichtigen industriellen Zweige und der Haupterzeugnisse des volkswirtschaftlichen Lebens sowie der Produktionsquellen anstrebt.

Durch das Dekret vom 22. Mai 1922 sind die Rechtsgrundlagen sowohl für den privaten Besitz von Produktionsmitteln und der Produktion selber als auch für die Reaktion der Benutzung des Grund und Bodens und zum Teil für die Wiederherstellung der Eigentumsrechte auf Stadt- und Landhäuser, sofern dieselben nicht vordem nationalisiert resp. municipalisiert worden waren, gegeben. Auf den Verwaltungsgebieten waren erhebliche Umstellungen vom kommunistischen zum neuen Wirtschaftssystem notwendig. An Stelle der kollektiven Verteilung mit Industrieerzeugnissen und Lebensmitteln mußte zum Aufbau der Staatswirtschaft die Bezahlung aller Leistungen treten. Dadurch wurde der

Ueberraum zum Steuerriem notwendig, und gerade auf diesem Gebiete arbeitet heute vielleicht keine europäische Regierung freier als die russische. Man ist auf einzelnen Gebieten eher zu scharf als etwa zu lasch vorzugehen und hat deshalb manche Maßnahmen die sich als unbrauchbar erwies, wieder abzubauen oder mildern müssen.“

Wiederholt spricht Krassin von den Erfahrungen, die die Bolschewiki heute veranlassen, sich vor utopischen Ansagen und Zielen zu hüten. „Keineswegs rein utopische Pläne zu verfolgen“, auf „keine allzuweit reichenden Pläne“ mit einem Worte, die Bolschewiki selbst haben ihr „Beispiel“ längst zum alten Eisen geworfen und treiben eine Politik, die zu treiben, sich alle „Menschewiken“ schämen würden. Und wenn die „Rote Fahne“ heute noch das Kupferhandelsmonopol der Bolschewiki als „kommunistischer Sieg“ hinstellt, so müge sie es sich von ihrem Parteigenossen Krassin lassen lassen, was es damit auf sich hat: „Das ist keine kommunistische Maßregel, sondern eine der Grundbedingungen für die wirtschaftliche Selbständigkeit Rußlands, bedingt durch die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse.“ Kann man deutlicher aus berufenerm Munde bestätigt finden, was wir schon lange behaupteten, nämlich, daß in Rußland der Kommunismus längst aufgegeben ist und der Kapitalismus den Sieg davongetragen hat, für den die Bolschewiki die Regierung führen und so lange führen werden, wie sie das weiter tun, was der Kapitalismus von ihnen und den russischen Arbeitern verlangt.

Wir sagen das alles nicht, um die Bolschewiki zu schwächen. Was wir mit dieser Kritik bezwecken, das ist vielmehr, endlich den Schleier zu lüften vom „russischen Beispiel“ und die ganze Niedertracht und Gedanklosigkeit der deutschen Bolschewiki zu kennzeichnen. Wer heute Rußland als Beispiel nachahmen will, mag wohl die Wahrheit gern unter

# Die Notstandsmaßnahmen der Stadt Berlin

In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurden zuerst einige unwesentliche Tagesordnungsgegenstände ohne Aussprache erledigt. In der Anfrage der Kommunisten über das rückwärtsgehende Vorgehen von Schuppenstein gegen Demonstranten vor dem Rathaus, erklärte Stadtrat Wege, daß die Beamten sich einer Antwort des Polizeipräsidenten an dem französischen Tage freuenten an die ihnen angewiesenen Bestimmungen gehalten haben, so daß zur Verantwortlichmachung eines der Beamten keine Veranlassung vorliege.

Wenn drei Dringlichkeitsvorlagen des Magistrats erhebt Stadtrat Koch (Dn.) Einspruch. Er betonte, daß die Verkehrsdeputation in ihrer letzten Sitzung sich nicht mit der Straßenbahnvorlage beschäftigt habe, es müsse daher der Dringlichkeit der Magistratsvorlage widersprochen werden. Dieser Meinung schloß sich Stadtrat Rosenberger (Komm.) an, der hervorhob, daß sich die Lage Berlins gegen die Vorwochen in keiner Weise geändert habe.

Stadtkämmerer Dr. Kording: Der Vorredner war in der letzten Sitzung der Ansicht, daß man Rücklagen für die Werke und die Straßenbahn durch rechtzeitige Anpassung der Tarife an die Geldwertveränderung schaffen müsse. Die Lage Berlins hat sich infolgedessen geändert, als die Auszahlung der Teuerungszuschüsse, die den Beamten ab 1. September zustehen und auf die sie einen Rechtsanspruch haben, in Frage gestellt ist. Die Löhne der Arbeiter, die nicht aus Reichsausgaben bestritten werden können, da das Reich nur für Beamte und Angehörige die erforderlichen Zuschüsse gewährt habe, müssen aus Tarifverhältnissen gedeckt werden. Die Lage Berlins ist nicht schön, die Verhältnisse haben sich gegen die Vorwochen erheblich zu Ungunsten der Zahlungsfähigkeit der Stadt Berlin verschlechtert.

Stadtrat Schumacher (Komm.): In den Deputationen sitzen keine Strohgruppen, vielmehr haben die Deputationsmitglieder die Absicht, zu arbeiten.

Die Abstimmung ergab, daß der Dringlichkeit der Vorlagen über die Straßenbahn widersprochen wurde, während die Dringlichkeit der Vorlage über die Erhöhung des Elektrizitätspreises anerkannt wurde. Die Vorlage über eine ohne Debatte an einen Ausschuss zur Beratung.

Stadtvorordnetenvorsteher Dr. Caspari verlas hierauf einen Dringlichkeitsantrag der Deutschnationalen über die beabsichtigte Zusammenlegung der Klassen höherer Schulen. Da der Dringlichkeit nicht widersprochen wurde, wird der Antrag noch auf die Tagesordnung gesetzt.

Hierauf folgte die zweite Lesung der Vorlagenammlung und der Anträge über die

Notstandsaktion der Stadt Berlin.

zu der Stadtr. Pätzsch (SPD.) den Bericht über die Ausschüsse ermittelte.

Stadtr. Finke (Dn.): Jede Preissteigerung muß bekämpft werden, wie und wo sie sich zeigt. Wir stimmen für die Anträge des Ausschusses bis auf die Einschränkungen unserer Anbahnträge, um eine ungerechte Veranschaulichung zu

verhüten. Vor allen Dingen können wir von den Gewerbetreibenden nicht verlangen, daß sie bei den täglich wechselnden Preisen in den Auslagen alle Waren mit Preisauszeichnungen versehen. Das wäre zu schwierig, und Verhöre gegen diese Vorkehrung wären an der Tagesordnung.

Stadtr. Bräunlein Dr. Meier (D. Vol.) betont, daß sich alle Parteien sicher darin einig sind, daß der wirkliche Schaden zu bekämpfen ist, schwierig ist nur, die Formel dafür zu finden. Wir können nicht anerkennen, daß die Forderung des Wiederbeschaffungspreises Wucher ist.

Nach weiterer Aussprache wurde dem Ausschussantrag zugestimmt. Dieser fordert u. a.:

1. Maßnahmen gegen die wilden (spekulativen) Auswüchse des Devisenhandels,
2. eine allgemeine Aufenthaltsteuer für Ausländer,
3. daß bei den Verhandlungen mit Belgien und mit der Entente immer wieder der Gesichtspunkt vorangestellt wird, daß die Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln nicht durch die Erfüllung der Reparationslasten gefährdet werden darf,
4. Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung des Wuchers von Erbsen und Bohnen,
5. erhöhte Mittel für alle Arten der Rentner- und sonstige Unterhaltungsbezüge,
6. eine Forderung der Eisenvergabe dahin, daß den Städten wieder das Recht gewährt wird, Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben,
7. sparsame Wirtschaftsführung der gesamten öffentlichen Verwaltungen,
8. Förderung der inneren Erzeugung notwendiger Gegenstände,
9. Sicherung und Ergänzung der inneren Erzeugung für den inneren Verbrauch durch Ausfuerverbote und Einfuhrerleichterung für notwendige Bedarfsgegenstände in Verbindung mit planmäßiger Einfuhr von Getreide, durch Einschränkung des Zugangs von Ausländern und durch Unterbindung des Ausverkaufs an Ausländern,
10. Einschränkung des Luxusverbrauchs,
11. Eindämmen der Preissteigerung notwendiger Lebensmittel und Bedarfsgegenstände durch Ausschaltung des wilden Handels und der wilden Auktionser,
12. die von beiden Gemeindevorständen beschlossene Verbrauchersteuer für Ausländer nummehr schrittweise in Kraft zu setzen,
13. mit größter Bedachtlosigkeit für eine ausreichende Sicherstellung der notwendigen Lebensmittel, Kartoffeln, Brot, Fleisch, Zucker, Fett und Milch, sowie der Brennmaterialien Sorge zu tragen,
14. vorbereitende Maßnahmen, um der mit Sicherheit zu erwartenden großen Arbeitslosigkeit zu begegnen,
15. einen Kohlenvorrat zu sichern, der für die Wintermonate den Bedarf an Hausbrand für Schulen, Anstalten und lebenswichtige Betriebe ausreichend deckt,
16. die Bezirke rechtzeitig und ausreichend mit Brennholz zu möglichst niedrigen Preisen zu beliefern.

Bei Redaktionsschluss dauerte die Sitzung noch an. Wir bringen die Fortsetzung in der morgigen Nummer.

allerlei Schminke und Ausflüchte verbergen, nur ihr Viebhaber ist er nie gewesen.

Im übrigen können wir uns auch dem Wunsch des „Vorwärts“ anschließen, der schreibt:

„Krafft aber bitten wir, auf Grund seiner russischen Erfahrungen den deutschen Kommunisten zu erzählen, was von Schlagworten wie „Bekämpfung der Ernte“, „Kontrolle der gesamten Produktion durch die Betriebsräte“ zu halten ist, und ob er sie für geeignete Mittel hält, das deutsche arbeitende Volk aus seinem Elend herauszuführen.“

## Der gestäupte Renegat Die Verleumdungen des Herrn Kloth

Vor der 4. Strafkammer des Berliner Landgerichts II wurde gestern die Verleumdungsklage verhandelt, die Genosse Breitscheid gegen Herrn Kloth, ehemals Gewerkschaftsangehörter und jetzt nationalsozialistischer Redakteur, angestrengt hatte. Die Klage war schon einmal vor der Strafkammer verhandelt worden, sie wurde damals dem Staatsgerichtshof verwiesen, der prüfen sollte, ob die Sache, da es sich bei dem Kläger um einen ehemaligen Minister handelte, vor sein Forum gehöre. Der Staatsgerichtshof hat den Fall wieder an die Strafkammer zurückverwiesen. Kloths Verleumdung hatte Rechtsanwalt Dr. Alsdorf, der Kläger war durch Genossen Kurt Rosenfeld vertreten. Kloth veröffentlichte im Oktober vorigen Jahres in der Zeitschrift „Das freie Wort“ einen Artikel, in dem er behauptete, die Kupferpolitik der Unabhängigen Sozialdemokratie habe während des Krieges die deutschen Interessen sehr gefährdet. Breitscheid insbesondere habe das Vaterland verraten und zwar durch die Bekanntgabe der Denkschrift der wirtschaftlichen Verbände, die für umfangreiche Annektionen eingetreten war. Nebenbei behauptete Kloth in dem Artikel noch, daß Genosse Breitscheid mit der Bekanntgabe der Denkschrift ein schönes Stück Geld verdient habe.

In der Verhandlung versuchte Kloth einen Teil seiner verleumdungsaussagen aufrecht zu erhalten. Er meinte, daß die Tätigkeit der USPD, zu einem guten Teil auf ausländische Unterstützung angewiesen gewesen sei, so habe Genosse Edgar Cohn Sowjetrußland für Reparationszwecke erhalten. Zweifelloser wären auch aus Frankreich Gelder in die Parteikasse geflossen. Auch für die Verbreitung des Buches „Jaccuse“ sei die USPD, sicher hoch bezahlt worden. Genosse Breitscheid als Nebenkläger, trat diesen Darlegungen entschieden entgegen. Er betritt, daß er niemals auch nur einen Pfennig Geld vom Ausland bekommen habe. Obwohl er nichts mit der Parteileitung zu tun habe, wäre er doch wohl in der Lage zu beschwören, daß die USPD niemals ausländische Gelder erhalten habe. Die Denkschrift habe er niemals an das Ausland verschickt. Er habe sie nur seiner Korrespondenz für Deutschland beigelegt, mit dem ausführlichen Zusatz, daß kein Exemplar davon ins Ausland dürfe. Ein Sachverständiger des Angeklagten, Dr. Schotte von den „Freihischen Jahrbüchern“, meinte, daß bei den nationalen Parteien die Auslandspolitik der USPD, und des Genossen Breitscheid als deutschlandgefährdend betrachtet werde. Es liege der Verdacht nahe, daß die USPD, vom Ausland finanziert werde, wenn man das auch aus begründlichen Gründen nicht beweisen könne. Er glaube auch, daß Genosse Breitscheid keine ausgesprochene Verleumdung auf dem Gebiete der Auslandspolitik nicht aus eigenen journalistischen Mitteln habe aufbringen können. Genosse Breitscheid trat diesen Ausführungen sehr scharf entgegen und betritt insbesondere, daß er durch seine Auslandspolitik irrendweiche Anwendungen habe. Wenn der Sachverständige seine Reise nach Paris angezogen habe, so bemerke er, daß er auf Einladung der französischen Sozialisten zum Todeslager von Jaurès nach Paris eingeladen worden sei. Auch über die anderen Angaben des Sachverständigen kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen.

Es wird dann als Sachverständiger der Gegenseite, der sozialdemokratische Abg. Eduard Bernstein vernommen, der sich dahin äußert, daß die annexionspolitische Denkschrift der Wirtschaftsverbände von dem Gesichtspunkt zu betrachten sei, daß sie sich gegen die Regierung richtete. Sie sei in Tausenden Exemplaren in Deutschland verbreitet und auch schon in einem Flugblatt, das er mit Haase und Kautsky 1915 veröffentlicht habe, auf die annexionspolitische Aktion hingewiesen worden. Mit der Veröffentlichung habe Breitscheid nichts zu tun gehabt. Der Staatsanwalt hielt die Verleumdung für vorliegend und den Wahrheitsbeweis für misslungen; beantragte für Kloth eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Der Verteidiger beantragte Freispruch.

Das Gericht kam nach langer Beratung zu folgendem Urteil: Der Angeklagte stellte Behauptungen auf, die schwerwiegender Natur seien. Der Wahrheitsbeweis sei nicht erbracht worden. Der Vorwurf, daß Dr. Breitscheid Landesverrat geübt und dabei ein schönes Stück Geld aus französischen Hilfsgebern empfangen habe, sei einer der schwersten Vorwürfe, die einen Politiker treffen können. Die Wahrheit berechtigter Interessen hat das Gericht nicht angenommen. Bei Verleumdung des Strafmahes hat das Gericht erwohnen, daß es Dr. Breitscheid weniger darum zu tun sei, seinen Gegner einer schweren Strafe auszuweichen, als vielmehr darum, daß die erhobenen Beschuldigungen als unwahr hingestellt würden. Daher hat das Gericht auch nicht auf eine Freiheitsstrafe erkannt, sondern auf die höchstzulässige Geldstrafe von 500 Mark, da das neue Höchststrafengesetz auf diesen Fall noch keine Anwendung finden konnte.

Der Renegat Kloth hat es also nur der Langmut des Genossen Breitscheid zu verdanken, daß er mit einer Geldstrafe davonkommen ist. Freilich ist bemerkenswert, daß das Gericht die vornehme Gefinnung des beleidigten Klägers als urteilsmildernd in Betracht zog. Wir sind nicht sicher, ob nicht im umgekehrten Falle, wenn nämlich ein Sozialdemokrat von einem Nationalisten zur Verantwortung gezogen worden wäre, das Gericht diesen Milderungsgrund geltend gemacht hätte. Daß der Sachverständige des Herrn Kloth zu der Meinung kam, die Unabhängigen Sozialdemokratie und Genosse Breitscheid seien vom Ausland für ihre Politik finanziert worden, kann man verstehen: der Bourgeoisie und ihren journalistischen Kassen ist um Gold manches feil und was sie selbst zu tun nicht ablehnen würden, wenn es nur klingenden Lohn einbringt, das sehen sie auch bei andern voraus.

## Flucht aus der Reparationskommission

Paris, 28. September. Nach „Figaro“ hat die französische Regierung das Rücktrittsgesuch ihres Vertreters bei der Reparationskommission Dubois noch nicht angenommen. Nach „Populaire“ gilt der französische Vertreter im Völkerbund Senator Henri de Jouvenel, der Chefredakteur des „Matin“, als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge Dubois.

Paris, 28. September. „Le Nouvelle“ will aus autoritativer Quelle erfahren haben, Sir John Bradburn habe der britischen Regierung seinen Rücktritt als Delegierter bei der Reparationskommission mitgeteilt und werde dieses Amt im Oktober aufgeben.

## Streik in Le Havre

Paris, 28. September. Die Streikbewegung unter den französischen Seeleuten ist im Wachsen begriffen. In Le Havre wurde heute vormittag ein allgemeiner Ausstand erwartet. In Bordeaux hat sich der Streik auf drei weitere Passagierdampfer ausgedehnt.



# Arbeiterwandern und Arbeitersport

## Abschied?

Den richtigen Wanderfreund reizt die Natur in jedem Kleide. Er gewinnt jeder Jahreszeit ihren eigenen Genuß ab, ob die Sonne über die Auen lacht oder trostlos der Regen peitscht und die Blüten grau in grau hüllt, ob unter Schnee und Eis die Natur gestorben scheint oder der Sturm mit elementarer Gewalt über das Land rast. Laßt euch vom Blätterfallen, vom unheimlichen wilden Jagen des Sturmes nicht beirren! Stürmt's nicht auch im Leben? Das Barometer unserer ganzen Glanzzeit ist auf Sturm gestellt. Es türmt und tobt in der Menschenbrust wie nie zuvor. Sturm, wohin man hört und sieht, auch wenn kein Wölkchen den Himmel trübt und alles ertel Ruhe scheint. Herbststürme kommen und gehen, wie Berden und Verdorren. Aus der Vernichtung blüht neues, pochendes Leben. Nehmt nicht Abschied von der Natur, geht in sie hinaus auch im Herbst und im Winter, seht euch die vom Sturm geseigten Wälder märkischer Seen, den Kampf der in ihren Wurzelankern bedrückten Waldedriesen an und das märchenhafte Flockenparadies Frau Holles, das nirgends schöner ist als im

## Märkische Schweiz

In allen Teilen unserer georgneten Republik traut man dem Berliner alles zu, nur nicht Weisheit. Und doch ist der Berliner wenigstens in einem Punkte bescheiden. Die Berliner, denen es ihre Briefstafel gekostet, zur Erholung in die Schweiz zu reisen, sie sind zu zählen. Aber der Berliner, der es an Sonn- oder Feiertagen vorzieht, dem Hünsermeer den Rücken zu kehren und nicht in der Kneipe zu hocken, sondern hinaus in die freie Natur zu eilen, und dort unter rauschenden Bäumen oder in strahlender Sonnensonne seinen Gottesdienst abzuhalten, er eilt dann und wann auch einmal in die Märkische Schweiz, mit ihren grünen Höhenzügen, Waldschluchten und singenden Quellen.

Märkische Schweiz, so heißt das Fleckchen der Mark Brandenburg in der Umgebung von Budow. Man fährt mit der Fernbahn nach Dahmsdorf-Müncheberg und steigt dort in die Kleinbahn nach Budow um. Man wird es sicherlich nicht bedauern, daß man in etwa zweistündiger Fahrt in unruhlichen 4. Klassenwagen in dieses an Naturschönheiten überreiche Fleckchen Erde gefahren ist. Es gibt Leute, die von den langweiligen Straßen der Mark Brandenburg reden. Diese Leute scheinen aber über einen Ausflugs nach dem Alexandersplatz nicht hinausgekommen zu sein. Es ist wahrlich zu bedauern, daß so wenig Berliner den herrlichen Budower und Peißhagener Forst — Märkische Schweiz — nur dem Namen nach kennen. Wer Herbststimmung am Binnensee und im Miniaturgebirge genießen will, der kehre dem Moloch Berlin den Rücken und fahre nach Budow. Man braucht sich für einen Ausflug in die dortige Gegend keine besondere Tour zurechtzulegen, denn es ist dort überall herrlich. — Wandert ohne Ziel und ohne Karte, dann seht ihr mehr des Herrlichen und Schönen in der Natur und achtet weniger auf Kilometer und Straßen.

## Friedrichshagen—Schöneiche—Fichtenau—Rahnsdorf.

Herbst und Winter sind die Zeit der kurzen Wanderfahrten, wenigstens für den, der sein von der werktätigen Arbeit mitgenommenes Nervensystem mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage nicht nach dem sonnigen Süden oder nach einer der zahlreichen Gebirgskurorte spazieren fahren darf. In einer solchen kurzen Fußwanderung, die auch für

einen Sommernachmittag als recht reizvoll angemerkt sei, führt uns die Bahnfahrt nur bis Friedrichshagen. Zu folgt aber nicht dem Strome der Ausflügler, die sich nach alter Gewohnheit vom Bahnhofsausgang rechts ab auf den Weg zum Müggelsee machen. Biege links ab, an der neuen Friedrichshagener Siedelung vorbei, und gehe durch guten Wald, der bald eine wundervolle Birkenallee zeigt, eine knappe Stunde bis zum Dorf Schöneiche. Von den schönen Eichen ist freilich im letzten Jahrhundert vieles verloren gegangen. Die Barone Knobelsdorff, die hier lange saßen, haben eine der herrlichsten Eichen nach der anderen niederschlagen lassen, um ihre ewig zerrütteten Finanzen auszubuhlen, und die Nachfolger waren, als der Besitz parzelliert wurde, mit dem Raubbau auch nicht schüchtern. In der Mitte steht man aber noch einen von vergangener Pracht zeugenden kleinen Eichenpart, umgeben von modernen Landhäusern. Nur durch das Mühlenfließ getrennt, schließt sich Klein-Schönebeck an, ein edles märkisches Dorf. Zu folgt nun dem Laufe des Fließes nach Süden auf die Müggel zu und erreicht bald die idyllische Schönebecker Mühle. Unweit davon taucht schon die große Villenkolonie Fichtenau auf. Es sind durchweg keine Probenvillen, fast nur einfache Landhäuser, schon vor dem Kriege mit Goldmark gebaut. Man veräume nicht, den Kurpark zu durchwandern, wo das Mühlenfließ eines seiner höchsten Teile zeigt. Von da bis zum Bahnhof Rahnsdorf ist es dann noch eine Viertelstunde. Wenn die Müggel zugefroren ist, was uns nach Ansicht der Wetterpropheten noch vor Weihnächten überraschen kann, wird man sich ein so herrliches Eispanorama natürlich nicht entgehen lassen wollen, also noch die kurze Strecke bis Rahnsdorfer Mühle oder bis zum Freibad weiterwandern und später wieder von Friedrichshagen aus die Rückfahrt nach dem großen Steinbaukasten an der Spree antreten.

## Wettgehen

Anlässlich des Abturnens am 1. Oktober 1922 verankert die Freie Turnerschaft Bilmersdorf auf ihrem Sportplatz in der Württembergischen Straße nachmittags 2 Uhr ein 1/2-Stunden-Paar-Gehen. Für den Wettsport, der bis jetzt in der Arbeiter-Sportbewegung wenig gepflegt wurde, soll durch diese Veranstaltung Propaganda gemacht werden. Starkgeld wird für diese Konfurrenz nicht erhoben.

Alle Sportgenossen, die für das Gehen Interesse haben, wollen sich bei S. Teller, Bilmersdorf, Württembergische Straße 54 (Sportplatz), melden.

Das Abturnen findet in der üblichen Weise statt. Es sind sämtliche Leichtathleten der Freien Turnerschaft Bilmersdorf am Start. So daß auch hier scharfe und interessante Kämpfe zu erwarten sind.

Alle Genossen, unterstützt unseren aufstrebenden Sport und erscheint zahlreich!

## 3. Gau-Saalsportfest

des Arbeiter-Radsport-Bundes „Solidarität“ am 30. September 1922 in der „Neuen Welt“, Ostendeide.

Zum 3. Male hat der Gau 9 (Provinz Brandenburg) seine Getreuen aufgerufen, um im friedlichen Wettstreit ihr Können zu zeigen. Ein äußerst reichhaltiges Programm wird den Fortschritt zeigen, den der Saalsport, dem der Gau besondere Pflege angedeihen läßt, auch in der Provinz Brandenburg angenommen hat. Mögen die Bemühungen des Festausschusses von Erfolg gekrönt sein. Vom technischen Ausschuss wird hierzu geschrieben:

Was wird der Sport des Abends bringen? Lassen wir kurz die Mannschaften und Fahrer im Geiste an uns vorbeiziehen, die berufen sind, ihr Bestes zu zeigen: Im

Achter-Farbenreigen treffen 6 Mannschaften zusammen: Berlin, Reinickendorf, Charlottenburg, Neukölln, Caputh und die Berliner Damen. Reinickendorf und Berlin dürften hier die Spitze haben, doch kann es hier noch Uebererraschungen geben. Im Sechser-Rennen sind die Meldungen sehr zahlreich und haben 10 Ortsgruppen ihre Mannschaften gemeldet: Romawas, Mariendorf, Adlershof (Jugend), Schönfeld bei Ludenwalde, Räschen, A.-L. Landsberg a. B., Reinickendorf, Pantow, Richtenberg und Rathenow. Schwer ist hier was zu sagen. Romawas, Reinickendorf dürften zu den besten gehören. Im Achter-Rennen kommen nur Berlin und Ludenwalde in Frage. Ludenwalde, mit die beste Mannschaft des Bundes, wird ohne Zweifel das Beste des Abends zeigen. Im 1er- und 2er-Rennfahren werden Cöpenick, Ludenwalde, Räschen, Brandenburg und Caputh ihre Fahrer entleeren. Heiße Kämpfe wird es hier geben. Beim 2er-Radsportspiel werden vier Mannschaften im friedlichen, aber schweren Kampf den Ball durch den Saal jagen. Reinickendorf und Groß-Pichtersfelde, die in Pevaja beim 1. Arbeiter-Turn- und Sportfest mit die besten waren, werden auch hier in die Entscheidung mit die besten werden einer kombinierten Mannschaft wird das Programm des Abends vervollständigen. Alles in allem, es wird ein sportreicher Abend werden und viele unserer Bundesgenossen und Anhänger werden noch lange dieser Stunden gedenken. Frisch auf zum glücklichen Gelingen! Beginn des Vorkampfs um 5 Uhr im kleinen Saale, des Hauptprogramms um 7 Uhr im großen Saale. Der Arbeiterklub ist hier wieder einmal Gelegenheit geboten, die roten Radler bei ihrem Wirken auf dem Parkett zu sehen und durch Massenbeifall die Arbeit zu lobnen.

## Schwimmen

Die „Berliner Schwimm-Union“ eröffnet die Wintersaison mit einem lokalen Schwimmfest am Sonntag, den 1. Oktober 1922, nachmittags 3 Uhr, im Stadibad Friedrichshain „An der Schillingstraße“. Das Fest wird ein glänzendes durch die von Brudervereinen zahlreich abgabenen Meldungen. Außer den spannenden Wasser-, den Kunstschwimmen, Springen, den Rettungsvorfahrungen, Reiben usw. versprechen die Serienwasserballspiele, ausgetragen von größeren Arbeiter-Schwimmvereinen des Kreises I, sehr interessante Kämpfe. Nachfeier und Resultatsverkundigung im Gewerkschaftshaus, Engelstr.

„Berliner Schwimm-Union“. Die reservierten Übungsstunden für sämtliche Abteilungen finden jetzt jeden Freitag von 7-9 Uhr im Stadibad Friedrichshain „An der Schillingstraße“ statt. Die Sitzungen sind nach wie vor jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal von Torno, Michaelstr. 28.

## Die städtischen Güter GmbH.

Der von der Stadiverordnetenversammlung eingeführte Ausstoß zur Ueberführung der städtischen Güter in eine andere Wirtschaftsform hat mit allen gegen zwei Stimmenenthaltungen der Magistratsvorlage mit einigen nicht wesentlichen Veränderungen angenommen. Damit ist ein Kampf zu einem vorläufigen Abschluß gelangt, der monatelang im Berliner Rathaus um den so wichtigen Besitz der städtischen Güter geführt worden ist. Genau wie bei den städtischen Werken hat das Privatkapital mit Unterstützung der bürgerlichen Fraktionen und der ganzen bürgerlichen Presse (allen voran das „Tageblatt“) versucht, diesen Besitz in private Hände zu spielen. Den Vorstand für dieses Attentat gegen die Interessen der Einwohnerschaft boten die Schwierigkeiten, die die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse für eine leistungsfähige Bewirtschaftung der Güter boten, solange die Güterleitung an den Instanzenzug der verschiedenen städtischen Behörden gebunden war. Der Ausgang dieses Kampfes ist ein voller Erfolg unseres Widerstandes gegen diese Absichten. Der Magistrat, der von sich aus, trotz seiner sozialistischen Mehrheit, nicht genügend

# Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(57. Fortsetzung.)

„Also, hören Sie, was ich Ihnen vorschlage: schieben Sie das Examen noch hinaus bis zur Vollendung meines Werkes. Wir arbeiten tüchtig zusammen, mit ein oder zwei Semestern ist's getan. Dann schließen Sie Ihr Studium ab. Gehen ein wenig in Praxis, gehen vielleicht in eine Landpraxis oder in eine Klinik, je nachdem — vielleicht findet sich ein Sanatorium — und dann, wenn ich die psychiatrische Universitätsklinik durchgesehen habe, werden Sie mein erster Assistenzarzt.“

„Aber“ sagte Philipp, „die pekuniäre Frage.“

„Die pekuniäre Frage! Sehen wir die Sache ganz vourteilslos an: es muß Ihnen eine Summe geschafft werden. Ein Darlehen von ein paar tausend Mark. Das findet sich. Ich werde sorgen. Sie haben gar keine Verpflichtung, keine Erkenntlichkeit. Der Erkenntliche bin nur ich. Ueberlegen Sie sich meinen Vorschlag. Es springt vielleicht bei unserer gemeinsamen Arbeit gleich ein Doktorthema für Sie heraus. Und wenn Sie hier fertig sind, fühlen Sie sich ganz frei. Sie wollen sich ja nicht gebunden fühlen. Wollen Sie eine andere Karriere einschlagen, gut — wollen Sie nicht, gehen Sie den Weg, den ich Ihnen gezeigt habe.“

Philipp sann nach.

„Sie brauchen sich nicht gleich zu entschließen!“

„Doch. Ich gehe auf Ihren Vorschlag ein, Herr Professor.“

So war's gut und abgemacht.

Sie saßen noch lange beisammen und unterhielten sich. Als Philipp nach Hause ging, war ihm, jetzt sei sein Weg ganz gerade und sicher. Aber wie er durch die Gassen schritt, deren Häuser ihm so festgefügt und weiter- und zeitenwiderständig vorliefen, trotz leise ein Bangen in sein Herz hinauf. Es war so leicht alles, er war an das Schwere gewöhnt. Es war ein Glück, das ihm in den Schoß fiel. Er war daran gewöhnt, das Kleinste zu erarbeiten und sich abzuquälen. Er traute nicht. Er traute dem geraden und sicheren Wege nicht, der so klar war. Es mußte doch wo eine scharfe Biegung in ihm kommen, um die er nicht sehen

konnte. Und er dachte, daß das in seinem Leben so sein müsse. Er konnte sich's nicht anders mehr denken als Ringen und Zwingen, als Not und Mühe. Das war die arme Herkunft, das war das geringe Bestehen an Eigenwertgefühl, und das waren die harten Studienjahre, die seine Energie gerade da verbrannt hatten, wo die Kommilitonen von aller Schwere und Enge befreit waren. Er fühlte es bitter: sie hatten die Jugend genießen können und ihre Leichtigkeit. Er hatte sie verlieren und verschmühen müssen.

So kam er in seine Bude. Er war übellaunig gedrückt. Aber dann hatte er von seinem Fenster aus den Blick über die Dächer der Stadt hinweg nach dem Walde, der immer mehr grünte, nach der Burg, auf der die Fahne wehte und über die die Wolken hinwegzogen in lustigen wechselnden Haufen — fast so, wie er sie früher in den Schloßruinen gesehen hatte, als der Sommer über dem Lande stand.

Er schrieb der Mutter. Gute, liebe, einfache Worte, die sie verstehen konnte. Eine Karte in die Eulenküche, wo die Emilie schon einen Buben auf ihrem Schoße wiegte. Da stand die Silberpappel nun schon voll im Laub und flüsterte von süßen Frühlingstagen, und der Bach schoss brausend übers Rad und schäumte, und in den alten Ruten des Gemäuers bauten die Spähen und die Nistwänzen ihre Nester — und am Ende gar, hinten, wo der Teich war, brach der Flieder schon auf, der geschützt stand, und oben der Wacholder duftete stark und belam seinen silbernen Glanz.

Es hielt ihn nicht zu Hause. Er zog ins Freie, und sein Lied klang durch den Wald. Zum ersten Male war er ein „freier Bursh“. Du lärgliche Lust — du gierig gewonnene Lust!

Im Forsthaus verzehrte er in der Laube, die noch ziemlich kalt war, ein einfaches Mittagbrot. So gut hatte es ihm nicht mehr geschmeckt, seit seiner Jugend. So glücklich war er lange nicht mehr gewesen. Seit er in der Eulenküche gespielt hatte, nicht mehr.

8

Professor Winter sagte: „Ich will Ihnen sagen, lieber Freund, der Mensch ist auf einen Platz gestellt, seine Pflicht zu tun. Das ist alles. Man muß nur seine Pflicht richtig sehen und klar erkennen. Dann

aber ist jedes Doutsidern und Abjondern vom Uebel. Und sich nicht in sich selbst vergraben! Die kleinen Dinge im Leben, die einen ablenken können, die muß man ruhig an seinem Wege mitnehmen. Nicht zu wichtig nehmen, aber mitnehmen. Sie werden sagen wollen, die gelten Ihnen nichts. Aber sagen Sie, gibt es etwas, das nichts gilt, nicht etwas in uns auslösen kann? Wir können nie vorher wissen, was in uns ausgelöst wird. Und wenn auch nicht das. Ich sehe die Jugend viel zu sehr auf Prinzipien reiten, Prinzipien überall, im künstlerischen, literarischen, wissenschaftlichen Leben, im politischen und privaten Leben.“

„Prinzipien sagen Sie — man könnte auch Charakter sagen.“

„Nun, nun, man könnte. Man könnte auch Enge sagen. Wir haben das so an uns, es ist gut Deutsch. Es wird aus allem gleich eine Devise, ein Dogma, ein Prinzip gemacht. Und dann ist's so leicht, Charakter zu haben. Gehen Sie mir. Charakter ist etwas ganz Wenn ich das auf'si. bazaaadstsch, idi-“); (M)ZIL. KNDG anderes, etwas viel Weiteres, etwas viel Tieferes. Wenn ich das auf jeden Schritt und Tritt mit Stachelndraht einzäunen muß, ich bitte Sie. Mir ist das lächerlich. Mir ist das der Beweis, daß der Charakter gerade fehlt — und jedenfalls: daß er noch keine Festigkeit und Sicherheit gewonnen hat. Charakter muß Nährstoffe bestehen können, muß aber nicht immer proklamieren wollen. Das ist die Charakterlosigkeit unserer Charaktere, daß sie immer proklamieren. Wir wollen jeder wir selbst sein — nicht so hedenweise uns abzeichnen lassen, die einen mit einem schwarzen Kreuz, die andern mit einem roten Strich, die andern schwarz-weiß-rot und so weiter. Das ist fürchterlich leicht. Hüten Sie sich davor.“

„Ich zähle mich nicht zum einen und nicht zum andern.“

„Vielleicht noch nicht — es kommt wohl noch. Sie fangen schon an, diese Schwere sich zuzulegen, die in alles ein Fragezeichen legt: was bedeutet das mir? Gehen Sie! Es bedeutet Ihnen alles etwas. Sie müssen nur Leichtigkeit dazu haben. Die Schwere will immer zur Ruhe — Sie können das physikalische Gesetz so anlegen. Das Gesetz der Schwere will sich im Trägheitsgesetz auflösen. Die Leichtigkeit will Bewegung.“

(Fortsetzung folgt.)

Energie zur Durchführung der notwendigen Maßnahmen aufbrachte, mußte schließlich doch unter unserem Druck seine frühere Vorlage, nach der die Güter zu standalösen Bedingungen an das Privatkapital veräußert werden sollten, zurückziehen, da er ohne uns keine arbeitsfähige Mehrheit im Ratshaus bilden kann. Das hatte sich am sinnfälligsten bei der Verabschiedung des Etats gezeigt, der ohne uns nicht hätte erledigt werden können.

Die neue Regelung wird sich wirtschaftlich erst im Laufe einiger Jahre voll auswirken können. Freilich werden die Güter nach den letzten Mitteilungen des Kammerers jetzt einen Ueberschuß von 100 Millionen Mark ab. (Also auch da keine Defizitwirtschaft.) Das Entscheidende an der neuen Regelung ist, daß die ganzen mit den Gütern zusammenhängenden Fragen jetzt aus der unmittelbaren Kompetenz sowohl der städtischen Verwaltung als auch der Stadtverordnetenversammlung genommen werden. Die Leitung wird jetzt eine rein kaufmännische werden müssen und untersteht dem Aufsichtsrat, der zur Hälfte vom Magistrat zur Hälfte von den Stadtverordneten besetzt wird. Außerdem wird ein anerkannter Landwirt gewählt werden und die gesetzlich vorgesehene Vertretung der Arbeiterschaft. Besonders charakteristisch ist, daß alle Unternehmer, die wegen eventueller Verpachtung verhandelt hatten, sich bereit erklärten, zwar die Arbeiter zu den gleichen Bedingungen zu übernehmen, sich aber weigerten, die Beamten mitzübernehmen, die in den Berliner Büros in Ermangelung anderer Beschäftigung untereinander korrespondieren. Auch die jetzige Regelung wird dazu führen, daß sofort eine ganze Anzahl Beamter auf einmal überflüssig werden und — natürlich — nicht wie das bei Arbeitern ganz glatt erfolgen würde, entlassen werden, sondern in anderen Dienstzweigen Unterschlupf finden. Wenigstens wird auch dadurch etatsrechtlich viel klarer zum Ausdruck kommen, wo die eine Hauptquelle der städtischen Schwierigkeiten ist.

Wir werden die Einzelheiten mitteilen, wenn die Beschlüsse des Ausschusses gedruckt vorliegen. Es ist anzunehmen, daß die Vorlage selbst in Kürze das Plenum der Versammlung passieren wird. Die Erfahrungen, die Berlin mit dieser Regelung machen wird, werden für die sehr wichtige Frage der Organisation öffentlicher Wirtschaftsbetriebe für die Genossen in anderen Kommunen von ausschlaggebender Bedeutung sein.

### Konjunktionsgesellschaft Berlin und Umgegend

Am 26. September fand in der Brauerei Friedrichshain eine außerordentliche Generalversammlung statt, in der über folgenden im Genossenschaftsrat vorbereiteten Antrag auf Satzungsänderung beraten wurde:

Der Geschäftsanteil beträgt 2000 M. Jeder Genosse kann nur einen solchen erwerben. Er ist verpflichtet, innerhalb des ersten Jahres seiner Mitgliedschaft mindestens die Hälfte des Geschäftsanteils einzuzahlen, und berechtigt, jederzeit durch Barzahlung sein Guthaben auf Geschäftsanteilkonto bis auf 2000 M. zu erhöhen.

Nachdem Geschäftsführer Mirus diesen Antrag begründet hatte, entspann sich eine längere Aussprache. Fast sämtliche Redner waren dafür. Die kommunalistischen Redner wollten ihre Zustimmung jedoch davon abhängig machen, daß das Reich, der Staat und die Gemeinde ihrerseits an die Konjunktionsgesellschaft zinsfrei Darlehen geben. Nachdem Mirus im Schlusswort versichert hatte, daß bei der Einziehung des erhöhten Geschäftsanteils gegenüber den in wirtschaftlicher Not befindlichen Mitgliedern keineswegs rigoros verfahren werden solle, wurde mit großer Mehrheit beschlossen, den Antrag des Genossenschaftsrats mit sofortiger Wirkung anzunehmen, so daß damit der Vorschlag der Kommunisten auf nur bedingte Zustimmung erledigt war.

### Reidige Schafe in der Schupo

Der Polizeioberwachmeister Hans Steffen, Prenzlauer Berg-Revier, Hauptstelle 207, beliebt es, sich in einer Weise anzuführen, die geradezu als Skandal bezeichnet werden muß. Die voracöse Beförderung dieses Beamten wird Veranlassung haben, sich mit dem solgenden Vorfall etwas näher zu beschäftigen. Steffen erkrankte am Donnerstag, den 21. September nachts 12 Uhr 20 Minuten in der Konditorei Wendi, Neue Königstraße 84, als das Lokal bereits geschlossen werden sollte. Er verlangte randalierend, daß ihm noch was verkauft werde und drohte, er werde andernfalls sofort das Lokal schließen. Diese Ankerung wurde nicht ernst genommen, da St. in Zivil war und die Vertreterin des Inhabers des Lokals sowohl als der bedienende Kellner nicht wußten, daß sie einen Polizeibeamten vor sich hatten. Als man dann Beschlagnahme von St. verlangte, erklärte er, nachdem er sich zunächst weigerte, zu bezahlen: „Ich verlasse nicht vor 1 Uhr das Lokal!“ Darauf aufmerksam gemacht, daß der Zeitpunkt der Schließung des Betriebes Sache des Inhabers wäre, fima St. an, mit Händen um sich zu schlagen und die Anwesenden in großer Weise zu beleidigen. Als St. der Aufforderung, das Lokal zu verlassen, keine Folge leistete, rief die Mutter des abwesenden Besitzers Hilfe herbei. Das war deswegen notwendig, weil St. fortwährend an der Gefährliche herumhantierte und zu erkennen gab, daß er von der Waffe Gebrauch machen wollte. Die inzwischen erschienene Polizei stellte zur arroken Ubertretung der Polizeistellen, daß der särmende und tobende Galt der obenbenannte Polizeioberwachmeister sei.

Nach unserer Auffassung ist das Verhalten dieses Herrn als eines Polizeibeamten unwürdig zu bezeichnen, und halten wir es dringend für notwendig, der anscheinend ungeborenen Schikane unter den Schupo-Beamten mit aller Schärfe entgegenzutreten. Unseres Wissens nach besteht bei der Schupo eine Dienstvorschrift, wonach die Dienstwaffe nur im Dienst getragen werden darf. Auf die Durchführung dieser Vorschrift sollten die Vorgesetzten des Herrn Steffen ganz besondere Obacht geben, da sonst, wie das in letzter Zeit öfter passiert ist, ansehnlich betrunkene Schupo-Beamte zu einer Gefahr für das Publikum werden.

### Polizeiliche Schredschüsse sind unzulässig

So hat kürzlich das Reichsgericht entschieden. Waffengebrauch zu dem Zweck, einen Flüchtenden zwecks Feststellung seiner Persönlichkeit zum Stehenbleiben zu veranlassen, sei nach den Dienstvorschriften nicht gestattet. Schredschüsse seien auch ein für solchen Zweck ungeeignetes Mittel, da sie im Zweifel den Flüchtenden nur veranlassen würden, seine Flucht zu beschleunigen. Es sei auch eine nicht durch Erregung zu entschuldigende grobe Fahrlässigkeit, wenn ein Polizeibeamter die Schüsse anfangt nach oben in der Richtung einer Straße abgibt. Solches Verhalten bringe stets die Gefahr der Verletzung von Personen oder fremden Eigentums mit sich und sei unerlaubt. Von dem rechtmäßigen Gebrauch der Schu-

waffe hängt die Beurteilung ab, durch wen der Schaden zu ersetzen ist. Die Gerichte sind deshalb schon vielfach zu der Auffassung gekommen, daß der Polizeibeamte für den Schaden, den er beim unrechtmäßigen Gebrauch der Waffe angerichtet hat, auskommen muß. In dem vorliegenden Falle hatten das Landgericht und das Oberlandesgericht den beantragten Schadenersatz für ein beschädigtes Schaufenster abgelehnt. Das Reichsgericht hob jedoch diese Entscheidung auf. Selbst die Verbände der Polizeibeamten warnen daher jetzt vor der Abgabe von Schredschüssen.

### Darf ein Pferd schweigen?

Vor einigen Tagen fuhr ein mit mehreren Männern besetzter Geschäftswagen an der Schupo-Polizeikaserne in der Bouchéstraße in Treptow vorbei. Ein Schupo-Polizist stürzte hinter dem Wagen her und rief den Männern ein lautes Halt zu. Als die Insassen des Wagens weiterfahren, soll der Polizist seine Dienstwaffe gezogen haben. Die Wageninsassen hielten schließlich und fragten, was denn los sei. Darauf erklärte der Polizist: „Das Pferd schweigt!“ Es war ein wohlgenährter Gaul, der in gemächlichem Trott aus der Innenstadt kam und nur wegen seiner Leibesfülle ein wenig schweigte. Das Schweigen ist nämlich auch bei Tieren ebenso etwas Individuelles wie bei Menschen. Rennpferde schweigen bekanntlich auch und werden von Schupo-Polizisten nicht angehalten. Nun aber kam das Satorspiel. Mehrere der Wageninsassen legitimierten sich als — Treptower Kriminalbeamte, die gestohlenes Gut beschlagnahmt hatten. Verblüfft zog sich der Schupo-Polizist zurück. Wenn es aber nicht zufällig Kriminalbeamte gewesen wären? Dann hätte schupo-polizeilicher Eifer die Wageninsassen sicher mit einer Strafanzeige beglückt.

### Unsere Zukunft liegt im Barfußlaufen

Den Groß-Berliner Schuhmachermeistern sind soeben neue Preisabstellen angesetzt worden, wonach sie für das Besohlen und Beflicken von einem Paar Damenstiefeln 2000 M. zu fordern haben. Das kann niedlich werden. Diese hohen Forderungen liegen, wie die Meister erklären, nicht an den Gehelien, sondern an den wucherischen in die Höhe getriebenen Lederpreisen. Viele Meister vereinbaren schon jetzt selbst die höchsten Reparaturpreise nur insoweit, als sie Sohlenleder vorrätig haben.

### Gefährliche Aols-Biegearten

Die „Berliner Mieter-Zeitung“ teilt zur Warnung mit, daß bei einer Lieferung von drei ruhren Schmelz- und Gaslofs nach dem Hause Kaiserdam 20, das vor zwei Jahren in den Besitz eines holländischen Konsortiums überging, durch eine Firma Duak & Co. die Biegearten sich als gefährlich erwiesen. Laut Lieferchein sollen 24 Zentner vorhanden sein. Beim Nachwiegen unter amtlicher Kontrolle fehlten genau 100 Zentner. Gleich fast die Hälfte der Ladung zu klauen, ist etwas happig.

### Wilmersdorfer Kunstabende

Die Deputation für Kunst und Bildungswesen veranstaltet auch in diesem Winter wieder Kunstabende, die im Festsaal des Stadthauses, Kaiser-Allee 1-12, stattfinden werden. In dem Festsaal, nur wirtschaftliche Kunst zu bieten, hat die Deputation mit hervorragenden Künstlern Fühlung angenommen und erste Kräfte für die einzelnen Abende gewonnen. Die Kunstabende finden wie folgt statt:

1. Abend am 14. Oktober: Kammerlänger Clewing; Richard-Wagner-Abend.
2. Abend am 28. Oktober: Rindemann-Trio unter Mitwirkung der Kammerlängerin Rindl-Über.
3. Abend am 11. November: Vortrag über das deutsche Volkslied von Kapellmeister Mörike vom Deutschen Opernhaus unter Mitwirkung von Clara Brat (Nieder zur Laute).
4. Abend am 26. November: Opernabend unter Mitwirkung von Margarete Daesen, Charlotte Spanier, Franz Hammermann u. a.
5. Abend am 9. Dezember: Bertha Stolzenberg; Nieder- und Arienabend.

Dauerkarten für alle fünf Abende kosten 75 M. für die ersten 8 Reihen und 50 M. für die übrigen Plätze, während die Preise für die einzelnen Abende 20 M. betragen. Der Verkauf der Dauerkarten wird am 12. Oktober geschlossen, der Verkauf der Einzelkarten beginnt am 13. Oktober. Sämtliche Eintrittskarten sind zu haben in der Stadtbücherei, Kaiser-Allee 1-12, in den Volksbüchereien Gieselerstr. 7, Joachim-Friedrich-Str. 35-36, Weinstraße 21-24, und in den an den Anschlagtafeln bekanntgegebenen Verkaufsstellen.

### Ein internationaler Hochstapler

Seitratsträcker und Amselenschwinder, der von der hiesigen Kriminalpolizei schon einmal unwiderrlich gemacht wurde, treibt sein Unwesen jetzt im ganzen Deutschen Reich. Es handelt sich um einen 24 Jahre alten, zu Verbera in der Provinz Kärnten in Österreich geborenen Roland Wudewitz. Seine Schwindelzüge gehen in die Millionen. Als ungarischer Oberleutnant, Chemiker oder Ingenieur Roland Wudewitz, Oudewitz und Schandewitz, Sohn eines wohlhabenden Gutsbesizers und Eigentümers großer Wälder in Kärnten, sucht er überall Damenbekanntschäften. In meh-

### In unsere Abonnenten!

Durch die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien wurde der „Vorwärts“ als Zentralorgan der Partei bestimmt. Die „Freiheit“ stellt aus diesem Grunde am 30. d. Mts. ihr Erscheinen ein.

Sollte sich durch die Ueberführung unserer Expeditionen an den „Vorwärts“ für die ersten Tage in der Belieferung unserer bisherigen Abonnenten irgendwelche Störung bemerkbar machen und unsere Abonnenten nicht beliefert werden, so bitten wir, sich sofort an die nächste „Vorwärts“-Expedition zu wenden.

Som 1. Oktober ab wird allein der „Vorwärts“ als Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erscheinen und unseren Lesern geliefert werden. Freitag und Sonnabend erhalten unsere Berliner Leser den „Vorwärts“ und die „Freiheit“ gemeinsam, vom Sonntag, den 1. Oktober an nur den „Vorwärts“.

Die Zeitungskommissionen der Expeditionen Berlin, Jordanstraße 24 und Adlerhof haben uns die Auslieferung der Abonnementsverzeichnisse vorenthalten. Die für diese Expeditionen in Frage kommenden Abonnenten werden gebeten, sich wegen der Weiterbelieferung sofort an die Expeditionen des „Vorwärts“, Adlerhof, Genossenschaftsstraße 6, die Abonnenten für Berlin an die Expedition Prinzenstraße 31 des „Vorwärts“ zu wenden.

Verlag der „Freiheit“.

renen Fällen kam es zur Verlobung. Dann verschwand er plötzlich, nachdem er der „Braut“ oder deren Angehörigen bares Geld oder Schmuckgegenstände abgeschwindelt hatte. Dem jungen Mann gegenüber, deren Bekanntschaft er macht, achtet er im Laufe der Unterhaltung besonders Interesse für ihre am Kinn getragenen Ringe. Er verlangt sie, diese ihm zur Verlobung zu überlassen und übt sie an seinen Fingern. Durch diesen Trick und andere Schwindelzüge erdachte er im Juli d. J. in Oberammergau Schmuckgegenstände im Werte von 120 000 Mark. Der Schwindler, der wahrscheinlich versucht wird, auch in Berlin eine Gastrolle zu geben, sieht einige Jahre älter aus als er ist, ist 1,75 Meter groß und schlank, hat halbvolles gebräuntes Gesicht, dunkelbraune, lange, linsenförmige, lockige, graue Augen und eine grobe Nase mit eingebogenen Nasenrücken. Ein besonderes Kennzeichen sind zwei Goldzähne im Oberkiefer. Seine Kleidung wechselt er häufig.

### Die Vereinigung der Rathausfraktionen

Die Vorkände der beiden sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktionen traten gestern zur Beratung über die Verschmelzung der beiden Fraktionen zusammen. Es ergab sich Einmütigkeit darüber, daß die erste gemeinsame Sitzung am Dienstag, den 3. Oktober, unter dem Vorsitz des Altersvorsitzenden, Genossen Pfannkuch, stattfinden soll. Die Leitung der Fraktion soll zunächst einem Vorkand übertragen werden, der sich aus den gleichstarken Vorkänden der bisherigen Fraktionen zusammensetzt. Gleichberechtigte Vorsitzende der Fraktion werden demnach die Genossen Hugo Weimann und Dr. Weul.

Städtisches Krankenhaus Neufölln. Die zur programmatischen Erweiterung der äußeren Abteilung des Neuföllner Krankenhauses im Herbst 1919 in Angriff genommene beiden Pavillons sind nach mehrfacher Unterbrechung der Bauarbeiten jetzt in der Gesamtbauausführung fertiggestellt. Nachdem die innere Abteilung bereits im Jahre 1914 auf die vorgelegene Gesamtgröße gebracht worden war, ist mit der Vollendung dieser Neubauten nunmehr auch das Ursprungsprojekt für den Ausbau der äußeren Abteilung, nämlich die Errichtung von fünf Großpavillons, endgültig durchgeführt. Die Grundfläche der beiden Neubauten umfaßt mit den entsprechenden Verbindungsbauten eine Gesamtgröße von 1017 Quadratmetern. Jedes Gebäude besteht aus zwei Vollgeschossen für Insasiamt 142 Krankbetten und einem ausgebauten Dachgeschoss mit Wohnräumen für 7 Ärzte, 23 Schwestern und 10 Praktikanten. In jedem Krankengeschoss befinden sich ein großer Saal für 20 bis 24 Betten, ein kleiner Saal für 5 bis 7 Betten, mehrere Einzelzimmer für 1 bis 3 Betten, ein großer und ein kleiner Tagesraum sowie ein Behandlungszimmer, außerdem noch folgende Nebenräume: Dienstzimmer für die Schwestern, Anrichteküche, Räume für reine und schmutzige Wäsche mit den erforderlichen Einrichtungen für die Abführung und Sterilisation der Wäsche, zwei Badezimmer und Abortanlagen. Die beiden Krankengeschosse sind durch einen Personen- und Lastenaufzug miteinander und durch die abgedeckten Verbindungsbauten mit dem Operationshaus verbunden. Aus der Anrichteküche im Dachgeschoss führt ein Speiseaufzug in das Obergeschoss. Sämtliche Räume sind den Grundflächen eines modernen Krankenhauses entsprechend angeordnet. Die Anstaltung der Säle und Einzelzimmer mit dem jeweils erforderlichen Inventar kann erst nach Bewilligung der vom Bezirksamt beauftragten Mittel in Angriff genommen werden.

Sprachkurse der Volkshochschule — Arbeitsstätte Neufölln. Die seit einigen Jahren vom Bezirksamt Neufölln im Anschluß an die Volkshochschule Groß-Berlin veranstalteten Sprachkurse (Französisch, Englisch, Russisch, Spanisch und Esperanto) werden auch weiterhin fortgesetzt. Anläßlich der neuen Unterrichtsformulare ist auf den 9. Oktober d. J. festgesetzt worden. Der in den Prospekten der Volkshochschule Groß-Berlin angegebene Anfang der Kurse am 25. September d. J. wird hierdurch abgeändert. Ferner hat sich durch die fortwährende Geldentwertung eine Erhöhung der Gebühren als unumgänglich erwiesen, so daß fortan für die Doppelstunde (1½ Stunden) 4 M., für den auf 10 Wochen berechneten Kursus (wöchentlich einmal 1½ Stunden) also 40 Mark zu entrichten sind. Eintragung und werden verständig in der Zeit vom 25. September bis 4. Oktober vormittags von 10—12 Uhr und in der Zeit vom 2. bis 4. Oktober auch nachmittags von 5—7 Uhr im Büro des Volkshochschulamtes, Nummer 257, des Rathauses Neufölln, entgegenzunehmen.

Professurliche Feierstunden. Am Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 11 Uhr, findet im Großen Schauspielhaus die erste Veranstaltung statt. Es wirken mit u. a. das Orchester der Großen Volksoper unter Leitung von Kapellmeister v. Böcklin, der Sprech-Chor unter Leitung von Albert Florath, Einzelsprecher: Rother Mittel, Heinrich Wille u. a. Männerchöre. Eintrittskarten zu 25 M. sind von Montag an zu haben. Die zum 9. Juli gelösten Karten werden in Pahluna angenommen.

Die Volkshochschule E. B. (Vereinigte Freie und Neue freie Volkshochschule) lädt ihre 170 000 Mitglieder für Montag, den 2. Oktober, abends 7½ Uhr, zu den jahresmäßigen Mitgliederversammlungen ein, die in fünf großen Sälen gleichzeitig stattfinden. Alles Nähere ist aus einem Inserat in der heutigen Nummer des Blattes ersichtlich.

Volkshochschule Weihenstephan. Das Volkshochschulamt des 18. Verw.-Bezirks ersucht um umgehende Abholung der Mitgliedsarten, nämlich von 8 bis 2 Uhr im Bezirksamt, Abt. Volkshochschulamt, Wilmersdorferstr. 10. Neben hinter dem Realgymnasium. Zu zahlen sind 5.— M. Einschreibegeld und 28.— M. für die erste Vorlesung. Die Generalversammlung findet am Dienstag, den 3. Oktober, abends 7½ Uhr, in der Aula des Realgymnasiums statt. Neuliche Auskunft erteilt Genosse Heintz, Gäßlerstraße 7.

Jugendweiche Weihenstephan. Sonntag, den 1. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet in der ärztlich geschulten Gemeindefesthalle Jugendweiche statt. Es nehmen 72 Kinder und 1000 Erwachsene des 18. Verw.-Bezirks teil. Karten sind beim Genossen Heintz, Gäßlerstraße 7, zu haben.

Die Direktion der Treptow-Sternwarte teilt mit: Der berühmte Film „Der Flieger“, in dem todesmutige Sportleute die höchste Erhebung Deutschlands, die Zugspitze, im Flugzeug umfliegen, wird in der Treptow-Sternwarte, Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr, und Mittwoch, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, vorgeführt. Der Film „Schaffeltons Südpolexpedition“ wird am Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 6 Uhr, und Donnerstag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr gezeigt. Der Film „Die Grundlagen der Einsteinschen Relativitätstheorie“, der in aufschaulichen Bildern das Einsteinsche Relativitätsprinzip darstellt, wird mit erklärendem Vortrag von Herrn Rudolf Siebold in der Treptow-Sternwarte am Montag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, vorgeführt. Außerdem finden folgende Veranstaltungen statt: Sonntag, den 1. Oktober, abends 8 Uhr:

**Kleide Dich billig, elegant!**  
im Leihhaus Moritzplatz 58a

**Jacken-Anzüge, Covercoats, Gummimäntel, Catways, Schlüpfer**  
Kleider, Ferner Damens-Kleider, Mäntel, Wäsche, Teppiche, warmes Bett, Perlen, Kronleuchter, Leuchtblätter, Gläser, Silbergeschmeide, Uhren, Wägen, Leuchter, Sportwagen, Gelpolierwagen, Damen-Perlenhalsketten, Putzmaschinen. (Keine Lombardware.)



